

Abstract

Titel: **Einelternfamilien in der Schweiz**

Kurzzusammenfassung: Diese Arbeit zeigt die Lebenssituation und Schwierigkeiten von Einelternfamilien auf. Darüber hinaus werden sozialstaatliche Leistungen in Bezug auf Einelternfamilien in den Blick genommen. Aus diesem Diskurs werden Forderungen an die Sozialpolitik gestellt.

Autorin: Dominique Munishi

Referent: Thomas Knill
MSc in Sozialer Arbeit, Dozent FHS St.Gallen

Publikationsformat: BATH
 MATH
 Semesterarbeit
 Forschungsbericht
 Anderes

Veröffentlichung (Jahr): 2018

Sprache: deutsch

Zitation: Munishi, Dominique. (2018). *Einelternfamilien in der Schweiz*. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, FHS St.Gallen, Fachbereich Soziale Arbeit.

Schlagwörter (Tags): Einelternfamilien, Alleinerziehende, Armut, Sozialpolitik, Sozialstaatliche Leistungen, Politisches Mandat, Forderungen

Ausgangslage:

Eielfternfamilien sind in der Schweiz mit vielen Herausforderungen konfrontiert, welche sich vor allem um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf drehen. Sie stehen dadurch finanziell stark unter Druck und sind oft von der Sozialhilfe abhängig. In diesem Kontext können Eielfternfamilien zu Klientinnen und Klienten der Sozialen Arbeit werden. Dabei sind es gerade alleinerziehende Mütter, die, verglichen zu Frauen in anderen Familiensituationen, häufiger in Pensen von 50 bis 89 % erwerbstätig sind. Dies zeichnet sich auch bei alleinerziehenden Vätern ab. Dennoch gelingt es vielen nicht, ihr soziales Existenzminimum aufgrund der Erwerbsarbeit zu sichern. In Anbetracht dessen, dass Armut alle Mitglieder eines Haushaltes prägt, beeinflussen diese Herausforderungen auch die Kinder in Eielfternhaushalten. Jedes 20. Kind unter 18 Jahren ist in der Schweiz von der Sozialhilfe abhängig.

Um verschiedenen Risiken in jeglichen Lebenssituationen entgegenzuwirken, gibt es in der Schweiz ein soziales Sicherungssystem. Im Hinblick auf Eielfternfamilien sind es vor allem existenzsichernde Leistungen in Form von Sozialhilfe und Familienergänzungsleistungen sowie die Familienzulagen, die Mutterschaftsversicherung, Alimentenbevorschussungen und -inkasso, die individuellen Prämienverbilligungen, Beratungsangebote für Familien sowie familienergänzende Angebote, die eine wichtige Rolle spielen. Diese können zu einer Verbesserung der Lebenslagen von Eielfternfamilien beitragen.

Ziel:

Ziel dieser Bachelorarbeit ist es, Forderungen an die Sozialpolitik aufgrund der Auseinandersetzung mit den Lebenslagen und den sozialstaatlichen Leistungen für Eielfternfamilien abzuleiten. Dadurch soll aufgezeigt werden, inwiefern die sozialstaatlichen Leistungen bereits zu einer Verbesserung beitragen können, aber auch, inwiefern die Sozialpolitik mehr für Eielfternfamilien tun müsste, damit diese Verbesserungen eintreten können. Dadurch ergibt sich unweigerlich die Auseinandersetzung mit dem politischen Mandat der Sozialen Arbeit.

Vorgehen:

Die Arbeit ist in vier Hauptkapitel unterteilt. Im ersten Kapitel wird eine begriffliche Annäherung an die Thematik und damit auch eine Rahmung der Arbeit vorgenommen. Zudem wird die Situation von Eielfternfamilien in Bezug auf den Wandel der Familienform, ihren Lebenslagen sowie die finanzielle Situation beleuchtet. Im zweiten Kapitel werden die Familienpolitik auf unterschiedlichen Ebenen und die konkreten sozialstaatlichen Leistungen in Bezug auf Eielfternfamilien aufgezeigt. Die ersten beiden Hauptkapitel bilden damit die Ausgangslage der Arbeit. Im dritten Kapitel folgt eine Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Sozialer Arbeit, den Unterstützungsmöglichkeiten für Eielfternfamilien seitens Sozialer Arbeit sowie die Auseinandersetzung mit dem politischen Mandat der Sozialen Arbeit. Diese Diskurse

lassen einen Übergang ins vierte Kapitel zu, in welchem es um Forderungen an die Sozialpolitik geht. Damit kann aufgezeigt werden, wie sich die Lebenslagen von Einelternfamilien verbessern liessen. Die darauffolgenden Schlussfolgerungen behandeln die drei zentralen Fragestellungen erneut und fassen die Beantwortungen zusammen.

Erkenntnisse:

Die Schweiz verfügt über ein solides soziales Sicherungssystem, in welchem viele soziale Risiken abgefangen werden können. Einelternfamilien kommen mit verschiedenen Leistungen in Berührung. Diese können prekäre Situationen teilweise entschärfen und so eine soziale Integration von Einelternfamilien sicherstellen. Die Tatsache, dass viele Sozialversicherungen und Hilfssysteme an die Erwerbstätigkeit gekoppelt sind, kann zu Benachteiligungen bezüglich des Zugangs zu gewissen Leistungen führen.

Auch Sozialarbeitende sind in ihrer täglichen Arbeit vom Sozialstaat und seiner Sozialpolitik abhängig. Die Sozialpolitik bestimmt oftmals den Rahmen der alltäglichen Berufspraxis. Auftrag der Sozialen Arbeit ist unter anderem, auf Strukturen einzuwirken und sie zum Wohle von Klientinnen und Klienten zu beeinflussen. Um dies zu gewährleisten, kann das politische Mandat der Sozialen Arbeit herangezogen werden. Die Soziale Arbeit muss sich um eine Inklusion von Klientinnen und Klienten in das politische System kümmern, damit Interessen und Bedürfnisse von der Politik wahrgenommen werden. Politische Entscheidungen müssen dahingehend beeinflusst werden, Klientinnen und Klienten eine Integration in verschiedene Systeme zu ermöglichen.

Es lassen sich insgesamt 13 Forderungen an die Sozialpolitik ableiten, wobei verschiedenste Leistungen und Ebenen angesprochen werden. So müssen die Kantone eine einheitliche Familienberichterstattung gewährleisten, damit Zuständigkeiten und Handlungsbedarfe in Bezug auf Einelternfamilien geklärt werden können. Weiter müssen alle politischen Akteure gemeinsam Verantwortung in der Armutspolitik übernehmen und Familienarmut in Zusammenarbeit bekämpfen. In der Sozialhilfe lassen sich sogleich mehrere Forderungen ableiten: Zum einen muss das Individualisierungsprinzip hin zu mehr Autonomie und Selbstbestimmung optimiert werden, zum anderen muss die Soziale Arbeit in der Sozialhilfe weiter gestärkt werden, um die Ziele der beruflichen und sozialen Integration zu erreichen. Weiter müssen Mindeststandards für die Sozialhilfe festgelegt werden, um einer Ungleichbehandlung von Armutsbetroffenen entgegenzuwirken. Ebenfalls müssen Schwelleneffekte verhindert werden, sodass die Selbstständigkeit nach dem Austritt aus der Sozialhilfe gewährleistet wird. Zu einer Verbesserung der Situation von Einelternfamilien würde ebenfalls die Einführung von Familienergänzungsleistungen auf Bundesebene führen. Des Weiteren können durch individuelle Familienzulagen besonders armutsgefährdete Einelternfamilien unterstützt werden. Eine weitere Forderung ist die Einführung einer Elternzeit, damit die Gleichstellung

der Geschlechter, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Stärkung der Eltern-Kind-Beziehungen gewährleistet werden können. Bei den Alimentenbevorschussungen müsste bei Mangelsituationen darauf geachtet werden, dass eine Mankoteilung erfolgt und das Defizit damit von beiden Elternteilen getragen wird. Bezüglich der Höhen von Kinderalimenten muss vermehrt auf die Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder und auf geregelte Mindestansätze geachtet werden. Weiter müssen die Kantone Informationen zu Beratungsangeboten für Einelternfamilien zugänglich machen, damit diese unter anderem auf Professionelle der Sozialen Arbeit zugehen können. Durch den weiteren Ausbau von familienergänzenden Angeboten wird ebenfalls eine Verbesserung in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreicht.

Literaturquellen (Auswahl):

- Benz, Benjamin & Rieger, Günter. (2015). *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit – Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer.
- Bettinger, Frank. (2012). Soziale Arbeit und Sozialpolitik. In Thole, Werner (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit* (4. Aufl.) (S. 345-354). Wiesbaden: VS Verlag.
- Bundesrat. (2017). *Familienbericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 12.3144 Meier-Schatz vom 14. März 2012 und 01.3733 Fehr vom 12. Dezember 2001*. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Guggisberg, Dorothee & Kehrli, Christin. (2016). Familienpolitik und Armutsprävention in der Schweiz. In Caritas (Hrsg.), *Sozialalmanach 2016 – Familie ist kein Luxus* (S. 137-150). Luzern: Caritas.